



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

23. September 2015

Welcome in Hamburg +++ Begegnung statt Angst +++ Flüchtlinge & Steuereinnahmen +++ NOlympia: Erfreuliches +++

Liebe LeserInnen und Leser,



5.9., Bahnhof Harburg: Empfang für den #trainofhope (C. Schneider)

zwei Monate nach Erscheinen des letzten BürgerInnenbriefes hat sich die Atmosphäre in diesem Land und auch in unserer Stadt deutlich verändert: Die Flüchtlingsfrage ist über die Sommerwochen zum beherrschenden Thema in den Medien und im öffentlichen Diskurs auf verschiedensten Ebenen geworden. Nach monatelangem Aussitzen dieses absehbaren Zustroms ballen sich jetzt die Probleme in ungeahnter Dimension, bisweilen kann mensch sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die staatlichen, städtischen Organe kapituliert hätten. Auf dem Hauptbahnhof gestrandete Flüchtlinge waren in der letzten Woche zeitweilig ausschließlich auf die Unterstützung von ehrenamtlich Engagierten angewiesen. Weil das Thema so akut ist, beschäftigen sich gleich mehrere Beiträge in diesem BB mit der Flüchtlingsfrage.

Daneben sind natürlich auch die anderen Brennpunkte nicht vom Tisch: die Bewerbung Hamburgs um die Olympischen Spiele 2024 beispielsweise. Diesbezüglich gehen wir ja mit großen Schritten auf das von oben angesetzte Referendum am 29. November zu. Selbst nach Meinung des Rechnungshofes wird es zu diesem Zeitpunkt keine belastbare Ab-

schätzung der milliardenschweren Kosten einer Olympiade in Hamburg geben. Die Abstimmung zu diesem frühen Zeitpunkt ist also eine Farce. Aber klar, der SPD-GRÜNEN-Senat möchte sich mit dem »positiven« Ausgang des Referendums eine Art Generalvollmacht verschaffen, mit der er eine später aufkommende Kritik am IOC-Vertrag, an der Kostenexplosion, an den Sicherheitsauflagen etc. im Keim ersticken kann.

Und auch dies sei noch angesprochen: Die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft ist im Zuge der letzten Wahl stärker geworden, mehr Abgeordnete und MitarbeiterInnen waren die Folge. Nun ist die Fraktion Anfang September umgezogen, und zwar von der Bucerusstraße (wo sie seit 2008 untergekommen war) in die Lilienstraße 15 (sie verläuft parallel zur Spitalerstraße und ist noch etwas hauptbahnhofnäher). Alle Kontaktdaten (Telefon, Mail) bleiben unverändert.

Wir wünschen allen LeserInnen einen schönen Herbstestieg und bewegte Restmonate 2015!

Herausgeberinnen und Redaktion des BürgerInnenbriefes

Flüchtlingssolidarität im Frühherbst 2015

Von Christiane Schneider



Roma besetzen den Michel (Foto: Christiane Schneider)

Die Zahl der täglich in Hamburg ankommenden Flüchtlinge hat sich von 200 im August auf gegenwärtig über 400 mehr als verdoppelt. Die vorübergehende Notlösung der Unterbringung in Zelten droht zu einer Dauereinrichtung zu werden, kein/e Verantwortliche/r geht jenseits offizieller Verlautbarungen noch davon aus, dass die Zelte im Winter abgebaut sind. Die Massenunterbringung in Hallen wird ausgeweitet. Wurden jüngst Container-Lager von bis zu 3.000 Plätzen konzipiert, ist heute bereits von 3.500 und mehr die Rede.

Über die Herausforderungen in Hamburg sollte die Politik der Bundesregierung nicht aus den Augen verloren werden. Der Grenzöffnung Anfang September, die Tausenden Flüchtlingen des »march of hope« den Weg in die Bundesrepublik freimachte, folgte das Regime der Grenzkontrollen. Der Ausspruch Merkels: »Wenn wir jetzt noch anfangen müssen, uns dafür zu entschuldigen, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mehr mein Land«, wird brutal konterkariert durch den jüngst öffentlich gewordenen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Flüchtlingspolitik. Danach soll es Erleichterungen für Flüchtlinge mit »dauerhafter Bleibeperspektive« geben – Flüchtlinge dagegen, die als »nicht schutzbedürftig« eingestuft werden, und das ist die Mehrheit, werden durch drastische Leistungskürzungen ins absolute Elend gestoßen und aus dem Land vertrieben. Der größere Teil der Flüchtlinge droht im strengen Sinne des Wortes vogelfrei zu werden, geächtet und seiner Menschenrechte beraubt. Politischer Widerstand ist nötig. Eine erste Darstellung und Kritik des Gesetzentwurfes findet sich unter www.proasyl.de.

Roma-Gruppe besetzt den Michel

Vor allem den Roma wird, nicht erst seit heute, die **Schutzbedürftigkeit** abgesprochen. Heute jedoch wird ihre **Schutzlosigkeit** total. Die letzten »Westbalkanländer« werden zu »si-

cheren Herkunftsländern« erklärt: Mit der unverfänglich klingenden Bezeichnung »Westbalkan« wird das Problem wegdefiniert, dass es um die Roma geht, darum, dass diese einzige **europäische Minderheit** in ganz Europa keinen Schutz mehr finden soll. In Bayern ist das erste »Balkanzentrum« – also ein Speziallager ganz überwiegend für Roma – errichtet worden. Zukünftig droht Roma die Kasernierung bis zur Abschiebung.

Am 17. September besetzte eine Gruppe von Roma in Hamburg den Michel. Sie macht mit diesem Schritt auf die verzweifelte Situation der Roma aufmerksam. Wie sich die Besetzung bis zum Erscheinen des BürgerInnenbriefs entwickelt, ist nicht absehbar. So oder so sollte sie für alle von uns Anlass sein, sich mit der Lage der Roma und mit dem tief verwurzelten Antiziganismus in den europäischen Gesellschaften und den staatlichen Strukturen auseinanderzusetzen. Obwohl alle Welt weiß, dass Roma in den ost- und südosteuropäischen Ländern brutal diskriminiert und aus dem Gesundheitswesen, dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, dem Bildungssystem ausgegrenzt werden, dass sie von rassistischer Gewalt bedroht sind, wird ihnen das Recht auf ein menschenwürdiges Leben geraubt, wird in Deutschland weit weniger als ein Prozent aller Asylersuchen von Roma anerkannt. Demnächst wohl nicht einmal mehr dieser winzige Bruchteil. Alle sollen raus. Die Abschiebemaschine läuft schon jetzt auf Hochtouren. Auch langjährig in Hamburg »geduldet« lebende Roma und hier geborene und aufgewachsene Kinder und Jugendliche werden gnadenlos in ein ihnen fremdes Land abgeschoben.

Wir rufen auf zur Solidarität mit der Roma-Gruppe, die gegen ihre Abschiebung kämpft. Lasst uns nicht akzeptieren, dass Schutz und Zuflucht Suchende gegeneinander ausgespielt werden. Aktuelle Infos gibt es unter: romas-in-hamburg.blogspot.de oder bei Twitter unter #rjahh.

Zusammenbruch staatlicher Strukturen

Die Flüchtlingssolidarität – und damit auch die Flüchtlingspolitik der LINKEN in und außerhalb der Bürgerschaft – ist mit zwei großen Problemkomplexen konfrontiert:

Erstens sind die staatlichen Strukturen, die die Aufnahme und Erstversorgung neu ankommender Zuflucht suchender Menschen gewährleisten sollen, in einem Ausmaß zusammengebrochen, das ich mir bisher nicht hatte vorstellen können. Der oft große und kräftezehrende Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung oder von »fördern & wohnen« soll keineswegs geschmälert werden. Aber es mangelt, nicht zuletzt auch dank der Kürzungspolitik des Senats im Zeichen der Schuldenbremse, an Personal. Und vor allem: Die Verwaltungsstrukturen sind auf die Bewältigung der mit den Flüchtlingszahlen verbundenen Aufgaben nicht eingestellt. Nichts würde klappen, gäbe es nicht eine überwältigende Hilfsbereitschaft und Solidarität aus der Stadtgesellschaft, die – so gut es geht – sicherstellt, was die Stadt nicht schafft: vom Empfang, der Versorgung und Weiterleitung der am Hauptbahnhof ankommenden Flüchtlinge über die medizinische Versorgung, die Betreuung und Unterstützung in den Einrichtungen und Unterkünften, die Bereitstellung von Hilfe bei Behördengängen und Dolmetscherleistungen bis zur Versorgung mit (Über-)Lebensnotwendigem. Eine Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit gibt es praktisch nicht. Oft fehlt es an unaufwändigen »Kleinigkeiten« wie z.B. mehrsprachigen Informationsblättern, die den Flüchtlingen erleichtern würden, sich zurechtzufinden. Pessimistisch stimmt vor allem, dass der Senat und die Regierungsfractionen bisher unfähig sind, die Probleme offen zu erörtern, ja auch nur sich selbst einzugestehen. Weder mit den vielen Ehrenamtlichen oder den Wohlfahrtsverbänden noch mit der parlamentarischen Opposition gibt es Gespräche »auf Augenhöhe«. Man habe alles im Griff, hören wir in der Bürgerschaft. Ratschläge brauche man nicht. Für das von Rot-Grün betriebene und von der Bürgerschaft beschlossene »Flüchtlingsforum«, das die Ehrenamtlichen vernetzen soll und das wohl frühestens im November stattfindet, mangelt es bisher an einem Konzept. Was, wenn die unersetzliche Arbeit der Ehrenamtlichen infolge der übergroßen Belastung zusammenbricht?

Ankommen – Teilhaben – Bleiben!

Konzept – das ist das Stichwort für den zweiten großen Problemkomplex: Es gibt kein Konzept. Es gibt keine Strategie. Weder für die Erstversorgung noch – und erst recht nicht – für die Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft. Seit Jahren hat der Senat die Erarbeitung eines solchen Konzepts verschlafen, obwohl die Kriege, Konflikte und krisenhaften Entwicklungen in vielen Teilen der Welt erwarten ließen, dass die Zahl der Flüchtlinge stark steigen und viele von ihnen auf lange Sicht oder für immer hier bleiben würden. Das ist wesentliche Ursache dafür, dass der Senat immer wieder neu zu Ad-hoc-Maßnahmen und Notlösungen greift und die staatlichen Strukturen nicht funktionieren.

Wir haben als einen ersten grundlegenden Baustein eines solchen Konzepts einen Antrag für »ausreichend Wohnraum



Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe am Hamburger Hauptbahnhof (Foto: Anja Matzke-Schubert)

und menschenwürdige Unterbringung für Flüchtlinge« in die Bürgerschaft eingebracht und Anfang September zur Debatte gestellt. Darin haben wir auf drei Seiten ein ganzes Bündel von kurz-, mittel- und langfristig wirkenden Maßnahmen vorgeschlagen. Es würde den Rahmen des Artikels sprengen, auch nur die wichtigsten Maßnahmen vorzustellen. Unser Ansatzpunkt ist, zu verhindern, dass absolute Not- und Übergangslösungen wie Zelt-Lager, Massenunterbringung in Hallen oder Container-Ghettos zu Dauereinrichtungen werden, und gleichzeitig die Perspektive des Wohnens (statt Unterbringens) in den Blick zu nehmen. Neben der mittel-/langfristig wirkenden Stärkung des sozialen Wohnungsbaus z.B. ist die Nutzung (oder auch Winter-Zwischennutzung) von Leerstand zentrales Element. Vor diesem Hintergrund ist inakzeptabel, dass die SAGA GWG, mit der Forderung nach Zwischenutzung für 80 weitestgehend leerstehende Wohnungen in Heimfeld konfrontiert, sofort dazu überging, diese Wohnungen durch das Herausschlagen von Fenstern unbewohnbar zu machen. Angesichts der absehbar weiter hohen Flüchtlingszahlen sind natürlich größere Maßnahmen notwendig, die Nutzung der über 1.300 leerstehenden SAGA-GWG-Wohnungen würde bei weitem nicht ausreichen. Deshalb muss es für leerstehende Gebäude einschließlich leer stehender Büroflächen ein Sanierungs- und Nutzungskonzept geben, und auch die Beschlagnahme von Leerstand darf nicht länger ein Tabu bleiben. Das fordern inzwischen mehrere Stadtteilinitiativen (s. auch das nachfolgende Dokument aus St. Georg) und sogar Grüne oder CDU-Bürgermeister. Im Einzelnen sind unsere Forderungen und Vorschläge in der Drucksache 21/1338

nachzulesen unter www.buergerschaft-hh.de/Parldok/. Dass der Antrag abgeschmettert und nicht einmal in den Ausschuss zur weiteren Debatte überwiesen wurde, ist ein Zeichen von Arroganz der Macht, entmutigt uns aber nicht. So ist z.B. unsere Forderung, für schutzbedürftige Frauen und ihre Kinder eine eigene Gemeinschaftsunterkunft einzurichten, inzwischen von der Behörde aufgenommen worden.

Wir wollen in den nächsten Wochen auch für andere Handlungsfelder wie Sicherung der Kinderrechte, Bildung, Arbeit u.ä.m. konzeptionelle Vorschläge entwickeln. Für den Bereich Gesundheitsversorgung hat die AG Gesundheit der LINKEN bereits wichtige Bausteine geliefert.

Ganz dringend ist aber auch ein Paket städtischer Sofortmaßnahmen, um den größten aktuellen Problemen abzuwehren. Wie ist ganz akut zu sichern, dass alle neu ankommenden Flüchtlinge mit ausreichend Nahrung und Getränken versorgt werden, dass die medizinische Versorgung und Erstuntersuchung gewährleistet wird, dass die schnelle Registrierung klappt und die Flüchtlinge die ihnen zustehenden Leistungen schnell erhalten, dass alle untergebracht werden? Was ist nötig, um die Eingliederung von Kindern und Jugendlichen in das Schulsystem zu gewährleisten? In welchen Bereichen müssen ganz schnell Stellen geschaffen, Beratungsstrukturen aufgebaut werden? Welche konkreten Anforderungen gibt es – wie z.B. die weitere Bereitstellung von Schlafplätzen im Um-

feld des Hauptbahnhofs? Und nicht zuletzt gilt es zu verhindern, dass durch Umschichtungen im Haushalt die Ausgaben, die durch die Aufnahme der Flüchtlinge nötig werden, von denen gezahlt werden, die auch nichts haben und die auf eine gute soziale Infrastruktur angewiesen sind. Diese Gefahr ist groß, wenn die Bürgerschaftsmehrheit am Finanzrahmengesetz und am Dogma der Schuldenbremse festhält.

Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V. Pressemitteilung vom 19.8.2015

5.700 Flüchtlinge, die alleine im Juli in Hamburg angekommen sind, mindestens 31.000, die es im Laufe des Jahres sein werden: Die in den Zahlen zum Ausdruck kommenden humanitären Katastrophen in den Heimatländern dieser Menschen werfen ein Licht vor allem auf die von den kapitalistischen Ländern betriebene Politik. Sie trägt im globalen Maßstab zur immer weiter aufgehenden Arm-Reich-Schere, zu kriegerischen Auseinandersetzungen und irreparablen Umweltschäden maßgeblich bei. Es ist niemandem zu verdenken, aus solchen Verhältnissen zu fliehen.

Die Flüchtlingsströme sind aus unserer Sicht eine gesamtstädtische Herausforderung und der konkrete Auftrag, für eine solidarische Willkommenskultur und kurzfristig für eine angemessene Unterbringung Sorge zu tragen. Wir folgen damit dem Appell des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte vom 20. Juli 2015 und machen hiermit Vorschläge für mehrere kleine und größere Möglichkeiten der Folgeunterbringung in St. Georg. Angesichts der Dramatik der Lage und des in einigen Monaten anstehenden Winters rufen wir die Stadt auf, sämtliche Möglichkeiten des »Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung« (SOG) sowie des »Gesetzes über den Schutz und die Erhaltung von Wohnraum« (HmbWoSchG) auszuschöpfen, d.h., **länger leerstehende Wohn- und Büroräume zu beschlagnahmen und geeignete Freiflächen umzunutzen**, um hier Unterkunftsstätten für Obdachlose und Flüchtlinge herzurichten.

Für St. Georg könnten wir uns exemplarisch folgende Areale und Gebäude vorstellen:

- a) Unseres Wissens seit Jahren leerstehende Wohngebäude, z.B. die Wohnhäuser in der Schmilinskystraße 9 sowie in der Koppel 95.
- b) Nach unserer Kenntnis lange leerstehende Büromobilien, z.B. der Allianz-Bau An der Alster 42.
- c) Unseres Erachtens geeignete Freiflächen für kleine Containerdörfer (ca. 80 bis 100 Personen), z.B. die Freifläche am Fußweg zwischen der Ernst-Merck-Straße und dem Ferdinandstor, im Volksmund Philosophenteich genannt, sowie die Freifläche und der Parkplatz Beim Berliner Tor/Jürgen-W. Scheutzow-Park.

Wir rufen auch alle anderen Initiativen und Vereine in Hamburg auf, die Diskussion um das künftige Zusammenleben mit Flüchtlingen zu intensivieren und in ihren Quartieren nach geeigneten Unterkünften und Unterbringungsstätten Ausschau zu halten.

die initiative refugees welcome karoviertel,
das bündnis recht auf stadt – never mind the papers!
& st. pauli selber machen laden ein!

refugees welcome – wie weiter?!

**ÜBERSICHT & AUSSICHT
AUSTAUSCH & VERNETZUNG
von & mit
REFUGEES, AKTIVIST_INNEN,
SUPPORTERN, INITIATIVEN, ...**



stadtweite versammlung

**so 27.9.15, 15 – 17:30 uhr
im ballsaal des fc st. pauli**

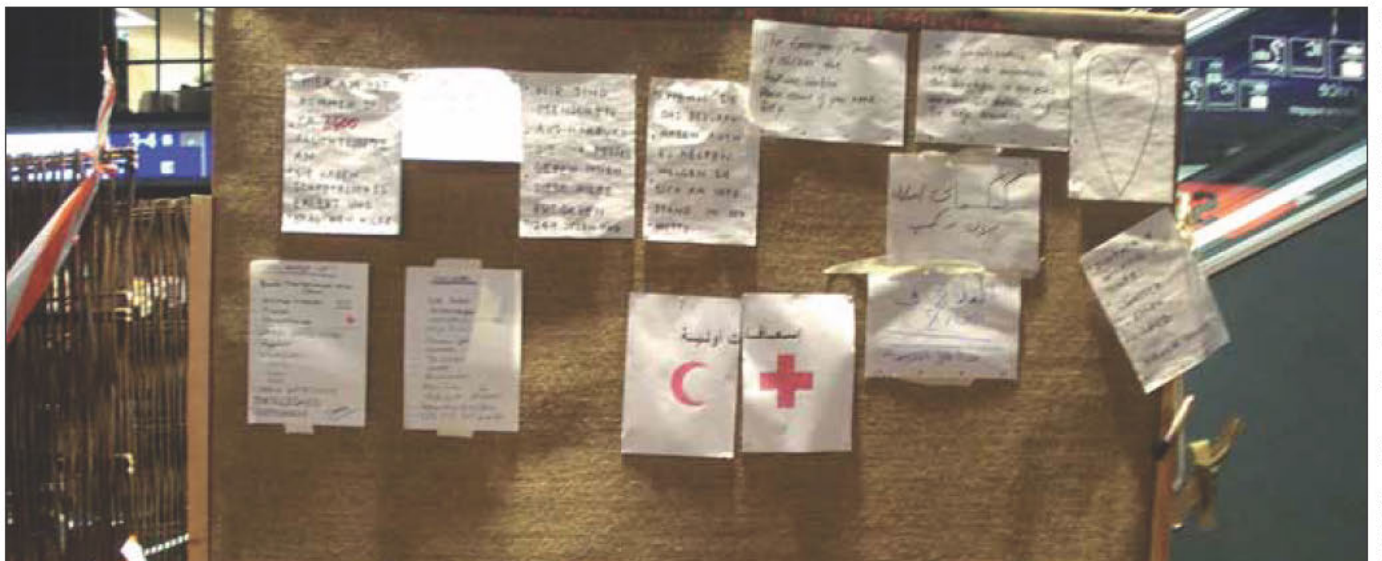
Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte**Presseerklärung zur Flüchtlingssituation in Hamburg vom 20.7.2015**

Im Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte treffen sich seit mehr als fünf Jahren regelmäßig VertreterInnen von Quartiers- und Stadtteilbeiräten, um über gemeinsame Anliegen und Forderungen zu diskutieren. Auf der letzten Zusammenkunft haben die Anwesenden aus einem Dutzend Stadtteilen einstimmig folgende Erklärung beschlossen:

Das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte verfolgt mit Sorge die Lebenssituation der in der Stadt ankommenden Flüchtlinge, insbesondere ihre zunehmend schwieriger werdende Unterbringung. Das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte heißt die Flüchtlinge herzlich willkommen. **Es sieht nicht nur die Stadt in der Verantwortung, sondern auch sich selber und damit die Akteure und die Bewohnerschaft in den Stadtteilen, um für eine menschenwürdige Unterbringung und eine Willkommenskultur Sorge zu tragen.** Dieser Herausforderung stellen wir uns, indem wir unsere Bereitschaft erklären, an der Suche nach Flächen und Gebäuden (leerstehenden Büros, Schulen, Kasernen etc.) für die Unterbringung dieser Menschen und der weiteren Begleitung aktiv teilzunehmen. Die Stadtteilbeiräte bieten hierfür in der Regel gut geeignete Foren und seit vielen Jahren erprobte Kommunikationsebenen in den Quartieren und Stadtteilen, weil sich hier wichtige Vor-Ort-Akteure treffen und ehrenamtlichen Ressourcen gut eingebunden sind. Diese Runden sind es außerdem gewohnt, zu praktikablen und bestmöglichen Lösungen unter schwierigen Rahmenbedingungen beizutragen und auf diese Weise komplexen Herausforderungen gerecht zu werden. Im Falle der Unterbringung von Flüchtlingen gehört dazu, dass Runde Tische einberufen und gleichzeitig die Flüchtlinge selber in etwaige Planungen einbezogen werden. Von der Stadt erwarten wir, frühzeitig über Aktivitäten zur Schaffung von Unterkünften informiert wie auch bei der weiteren Begleitung der betroffenen Menschen beteiligt zu werden.

»Katastrophe?« Gegen Angst hilft Begegnung!

Von Surya Stülpe



Flüchtlingshilfe am Hauptbahnhof (Foto: Anja Matzke-Schubert)

Nach den jüngsten Prognosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) werden in diesem Jahr 800.000 Asylanträge in Deutschland erwartet. 800.000, eine Zahl über die es viele erschrockene Meldungen gab. Viele (auch GenossInnen der LINKEN) äußerten, dass das zu viele seien, dass ihnen das Angst mache und ähnliches. Sicher, 800.000 (und vielleicht noch mehr) Menschen unterzubringen, sie in Arbeit und Schule zu integrieren, das ist ein gehöriges Stück Arbeit. Aber ein gutes Zusammenleben schafft immer Arbeit, egal mit wem und wo. Und es ist völlig unangebracht, jetzt vor irgendetwas Angst zu bekommen oder gar zu dramatisieren.

Ein paar Zahlen, die aus der Katastrophen-Logik hinausführen

Von Januar bis Ende August 2015 haben 257.000 Menschen in Deutschland Asyl-erst- oder -folgeanträge gestellt. Wenn 800.000 Menschen in diesem Jahr bei uns Schutz suchen, dann wären das ein/e Geflüchtete/r auf 101 bereits hier Lebende. Und jetzt stellt Euch mal vor, Ihr steht ganz alleine umringt von 101 fremden Menschen. Wer muss jetzt Angst haben?

Und wenn 2016 und auch 2017 nochmal so viele Menschen kämen, dann wären das eine Person mehr pro Freundeskreis (vorausgesetzt Euer Freundeskreis umfasst circa 30 Personen). Was ist denn daran schlimm? Das ist keine Kata-

strophe! Das kleine Land Libanon hat mit 4,5 Mio. EinwohnerInnen 1,2 Mio. Flüchtlinge aufgenommen.

Das Boot ist voll? So ein Bockmist!

Jedes Jahr ziehen sehr viele Menschen aus Deutschland weg. 2014 waren es laut Statistischem Bundesamt sogar knapp 914.000 Menschen, die sich für ein Leben in einem anderen Land entschieden haben, 2013 knapp 800.000. Der Wanderungssaldo (also Zuzüge minus Fortzüge) war in den Jahren 2009 und 2008 sogar noch negativ! Der Einwanderungshöchstwert seit vielen Jahren lag 2014 bei lediglich 550.000 Menschen, die effektiv mehr nach Deutschland einwandern als auswandern.

Und: Seit über 40 Jahren haben wir in Deutschland einen so genannten Sterbeüberschuss (es sterben also mehr Menschen als geboren werden), in den vergangenen Jahren lag dieser rund um die -200 000 Menschen, jedes Jahr.

914.000 Menschen jährlich, die weggehen; 200.000 Todesfälle mehr als Geburten: Also noch ein Grund mehr, die Ankommenden willkommen zu heißen und es ihnen hier leicht zu machen. Denn ich hab keinen Bock, dass mein Freundeskreis mal kleiner als 31 Personen wird!

Vielmehr sollten wir uns vor Augen halten, dass das Heaufbeschwören von Katastrophenszenarien und das Sprechen von einer FlüchtlingsKRISE auch dazu dient, die momentanen Zustände zu legitimieren.

Dass Tausende unter freiem Himmel oder in Zelten schlafen müssen und nicht einmal mit dem Nötigsten versorgt werden, dass landauf, landab Ehrenamtliche massenhaft staatliche Leistungen erbringen, das ist keine Katastrophe, die über uns hereingebrochen ist. Das ist ein Zustand, der in einem reichen Land wie Deutschland Folge von politischen Entscheidungen ist und als solcher auch verantwortet werden muss. Den Gefallen, jetzt mit Angst zu reagieren, sollten wir ihnen nicht tun. Und gegen Angst hilft Begegnung...

Zur allgemeinen Information nehmen wir hier eine **Pressemitteilung der Sozialbehörde vom 18.9.2015** auf:

6.676 Schutz suchende Menschen aufgenommen

August-Bilanz: Zugangszahlen gegenüber Vormonat nochmals deutlich gestiegen

Hamburg hat im vergangenen Monat 6.676 Flüchtlinge aufgenommen, davon verblieben 2.125 Schutzsuchende in der Hansestadt. Der Unterbringungsbedarf hat deutlich zugenommen.

Im August 2015 suchten 6.676 Menschen in Hamburg Schutz. 2.915 wurden nach dem Königsteiner Schlüssel in andere Bundesländer verteilt. 2.125 Personen wurden Hamburg zugewiesen, darunter 2.070 mit Unterbringungsbedarf.

Damit hat die Freie und Hansestadt Hamburg in diesem Jahr insgesamt 10.293 Menschen aufgenommen. Insgesamt 9.296 Menschen waren auf eine öffentliche Unterkunft angewiesen. Die monatliche Entwicklung ist der folgenden Tabelle zu entnehmen (Quelle: Einwohner-Zentralamt)

Monat	Schutzsuchende (vor Verteilung)	davon Hamburg zugewiesen	darunter mit Unterbringungsbedarf
Januar	1.557	924	845
Februar	1.755	1.080	1.004
März	1.811	937	794
April	1.817	844	777
Mai	2.192	985	898
Juni	3.404	1.673	1.407
Juli	5.709	1.725	1.501
August	6.676	2.125	2.070
Summe:	24.921	10.293	9.296
Vorjahreszeitraum:	7.011	3.635	3.025

Die im August 2015 Hamburg zugewiesenen Personen stammen u.a. aus folgenden **Hauptherkunftsländern**:

Staatsangehörigkeit	Zahl der Personen
Syrien	765
Afghanistan	451
Albanien	300
Irak	162
Eritrea	136

(...)

Weitere Balkanstaaten:

Staatsangehörigkeit	Zahl der Personen
Mazedonien	37
Serbien	45
Bosnien-Herzegowina	38
Kosovo	2
Montenegro	0

Ausbau der Unterbringungskapazität

Gegenwärtig verfügt Hamburg in 98 Standorten über rund 27.300 Plätze zur Unterbringung von geflüchteten Menschen in Hamburg: Zentrale Erstaufnahme (ZEA) = 13.300 Plätze, davon 4.000 in Zelten. Öffentlich-rechtliche Unterbringung = 14.000 Plätze, davon rund 2.600 für Wohnungslose

Nach derzeitiger Planung werden bis zum Jahresende rund 11.400 weitere Plätze in 39 neuen und bereits geplanten Standorten eingerichtet werden können. Darüber hinaus werden bereits weitere Standorte vorbereitet, die 2016 in Betrieb genommen werden können (6.700 Plätze). Eine Vielzahl weiterer Objekte ist in Prüfung, kann in der Realisierung aber noch nicht konkret beurteilt werden.

Information der Nachbarn

Über kurzfristige Maßnahmen wird die Nachbarschaft eines geplanten Standortes per Handzettel, mit Hilfe der Medien und in sozialen Netzwerken bzw. auf der Internetseite www.hamburg.de/sofortmassnahmen informiert.

Flüchtlingshilfe und Steuermehreinnahmen

Von Joachim Bischoff

Die Grundversorgung von Flüchtlingen – also die Unterbringung, Verpflegung, Basisausstattung, medizinische Betreuung, Schule und Ausbildung – ist eine staatliche Aufgabe. Doch in den letzten Wochen ist auch in Hamburg deutlich geworden: Ohne ehrenamtliches Engagement der BürgerInnen unter Beteiligung der Organisationen aus der Zivilgesellschaft könnte die aktuelle Herausforderung nicht bewältigt werden.

Weltweit erleben wir die größte Flüchtlingsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg mit derzeit über 60 Mio. Menschen auf der Flucht vor Krieg, Gewalt, Zerstörung und menschenunwürdigen Lebensbedingungen in ihren Heimatländern. Deutschland, Österreich und Schweden sind als Länder in Zentraleuropa mit der Unterstützung und Hilfeleistung vor besondere Herausforderungen gestellt. Die Bundesregierung hat die Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge und Zufluchtsuchenden im Jahr 2015 auf 800.000 Menschen nach oben korrigiert.

Auch Hamburg erreicht eine deutlich höhere Zahl von Flüchtlingen als ursprünglich prognostiziert. Die Hansestadt erwartet bis Ende dieses Jahres rund 30.000 Flüchtlinge. Ca. 15.000 müssen in der Stadt auf mittlere Sicht eine Unterkunft finden und mit all dem versorgt werden, was ihnen eine Lebensperspektive gibt. Die anderen werden auf andere Bundesländer umverteilt. Zurzeit ist in Hamburg Platz für 25.000 Flüchtlinge, Unterkünfte für weitere 11.500 sollen bis zum Ende des Jahres folgen. Ungefähr 3.000 Flüchtlinge leben in Zelten, die nun durch Heizgeräte winterfest gemacht werden sollen. Neben der Schaffung von winterfesten Quartieren und der medizinischen Betreuung kommt es auf die Integration in den Arbeitsmarkt, in Schulen und Kitas an.

Dass es nur mit ehrenamtlicher Unterstützung bei der Grundversorgung klappt, bestreiten weder Senat noch Sozialbehörde. Als die Stadt sich gezwungen sah, die Grundversorgung von 1.200 Flüchtlingen in eine Messehalle zu verlegen, entstand aus einer örtlichen Flüchtlingsinitiative eine ehrenamtliche Bewegung, wie sie Hamburg noch nicht gesehen hat:

Arbeitsgruppen für Kinderbetreuung, Ausflüge, Rechtsberatung, mehr als 200 ÜbersetzerInnen, die vor allem ins Arabische dolmetschen. PsychologInnen und PsychiaterInnen beraten an zwei Tagen die Woche, ein Netzwerk von 120 ÄrztInnen, SanitäterInnen und PflegerInnen ist entstanden, Hunderte Freiwillige geben Deutschkurse. Zu Hunderten strömen Helferinnen und Helfer täglich in die Kleiderkammer der provisorischen Unterkunft, um Spenden zu sortieren, zu verpacken und auszugeben. »Die Kleiderkammer ist eine zurzeit unverzichtbare Struktur, um Flüchtlingseinrichtungen in ganz Hamburg mit Spenden zu beliefern«, sagt Andy Grote, Leiter des zuständigen Bezirksamts Mitte. »Hier kommen Menschen aus allen Stadtteilen, um die Flüchtlinge zu unterstützen – das wäre an weniger zentralen Standorten nicht so erfolgreich.« Daher will der Bezirk in einem Schulgebäude im Karoviertel eine Etage freiräumen, um Initiativen den Aufbau eines »Refugee Welcome Centers« zu ermöglichen.

Und wie ist diese Herausforderung durch die Flüchtlingsbewegung mit Blick auf die öffentlichen Finanzen zu bewältigen? Für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen hat die Hamburgische Bürgerschaft Anfang September zusätzliche 501 Mio. Euro genehmigt. Im Doppelhaushalt 2015/16 waren pro Jahr ca. 300 Mio. für die Grundversorgung beschlossen worden. Der Senat hat jetzt den Mehrbedarf für 2015 und 2016 beantragt. Bereits im Juni waren zusätzliche Mittel in Höhe von 67,6 Mio. Euro für dringende Investitionen verabschiedet worden. Insgesamt werden somit 2015/2016 wenigstens 1,17 Mrd. Euro zur Flüchtlingsbetreuung anfallen, also pro Haushaltsjahr ca. 550 Mio. Bislang steuert der Bund ca. 25 Mio. Euro zu dieser Kasse zu.

Bei den signifikant gestiegenen Zahlen für Flüchtlingsunterbringung und -betreuung sind deutliche Mehrbedarfe unvermeidlich. Weil die städtischen Behörden sich nicht zutrauen, diese Bedarfe differenziert aufzuschlüsseln, wird es einen zentralen Topf in der Finanzbehörde geben, mit dem ein flexibles Finanzmanagement etabliert werden kann. Dies

ist zwar auch haushälterisch ungewöhnlich, aber zur Bewältigung der Aufgaben unvermeidlich.

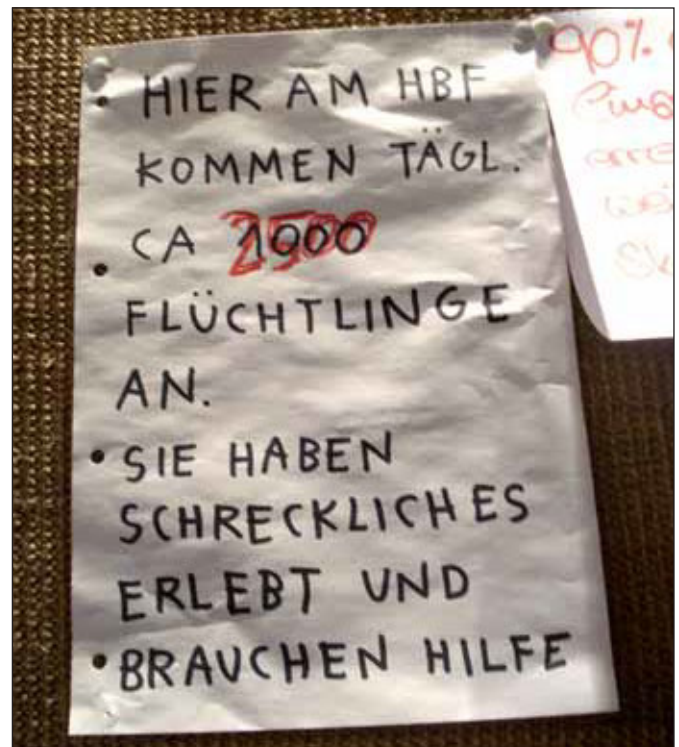
Und wie sollen die zusätzlichen Mittel aufgebracht werden? Im Prinzip freut sich Senator Tschentscher über wachsende Mehreinnahmen. Die Stadt Hamburg wird in diesem Jahr wegen der guten konjunkturellen Lage Steuern in Höhe von rund 9,91 Mrd. Euro und im nächsten Jahr 10,16 Mrd. Euro einnehmen. Das sind für beide Jahre zusammen fast 290 Mio. Euro mehr als noch in der Steuerschätzung vom November 2014 angenommen.

Überhaupt melden Bund, Länder und Kommunen eine Entspannung bei den Finanzen. Die Einnahmen des Staates stiegen im ersten Halbjahr um 3,7% auf 662 Mrd. Euro. Das Steueraufkommen – als wichtigste Quelle – legte spürbar zu. Der deutsche Staat hat im ersten Halbjahr dank der guten Konjunktur den höchsten Überschuss seit rund 15 Jahren erzielt. Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen nahmen zusammen 21,1 Mrd. Euro mehr ein, als sie ausgaben, wie das Statistische Bundesamt im August mitteilte. Dies entspricht 1,4% des Bruttoinlandsprodukts.

Damit könnte Deutschland 2015 das zweite Jahr in Folge einen Überschuss schaffen, nach plus 0,3% in 2014. Die Haushalte konnten weiter von einer günstigen Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung sowie einer moderaten Ausgabenpolitik profitieren. Es gibt also eine positive Grundkonstellation – allerdings müsste die Verteilung dringlich geändert werden. Vor allem die Kommunen, in denen die Hauptbelastung anfällt, drängen auf eine Verbesserung der Finanzausstattung. Einige Bundesländer haben gleichfalls große Finanzprobleme und die Nichteinhaltung der vereinbarten Schuldenbremse angedroht. Der Stadtstaat Bremen – ohnehin in strikter Kontrolle durch den Stabilitätsrat – hat eine Ausgabenperre verfügt.

Auch Hamburg drücken Schulden, aber aktuell bedeuten Steuermehreinnahmen in Verbindung mit einem rigorosen Sparkurs: Hamburg erwirtschaftet Überschüsse. Nachdem Hamburg schon 2014 einen Haushaltsüberschuss von mehr als 400 Mio. Euro erzielt und damit ausschließlich Schulden getilgt hatte, lag der Etat per Ende Mai erneut mit 360 Mio. Euro im Plus. Der Hamburger Finanzsenator betont zu Recht, dass sich diese Summe nicht einfach linear aufs Gesamtjahr hochrechnen lasse. Aber wenn es keinen Konjunkturreinbruch gibt, steht am Jahresende wieder ein Überschuss im hohen dreistelligen Millionenbereich. Das selbstgestrickte politische Problem ist allerdings, dass die Stadt dieses Geld nur zur Schuldentilgung nutzen darf. Neben der Schuldenbremse hat sich die Hansestadt durch ein Finanzrahmengesetz gebunden. Wegen dieser gesetzlichen Regelungen dürfen die Mehreinnahmen nicht zur Finanzierung der Ausgaben für die Grundversorgung der Flüchtlinge herangezogen werden.

Eine Änderung des Finanzrahmengesetzes wäre denkbar und politisch machbar. Dies will die Regierungskoalition aber auf keinen Fall und wird dabei von den bürgerlichen Oppositionsparteien bestärkt. Der Grund: Das Finanzkonzept des Senats beruhe darauf, den festgelegten Ausgabenrahmen festzuschreiben. Wie im Grundgesetz festgelegt und in die



Am Hamburger Hauptbahnhof (Foto: Anja Matzke-Schubert)

Hamburgische Verfassung hineingeschrieben – deren Änderung hinsichtlich der Schuldenbremse mit großer Mehrheit beschlossen worden sei – soll die Schuldenbremse auf jeden Fall eingehalten werden.

Mit der Notwendigkeit einer Aktualisierung des Steuerrechts im Finanzrahmengesetz werde sich der Senat im Zusammenhang mit der Überarbeitung und Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung bis in das Jahr 2019 befassen. Eine solche Änderung sollte nicht nur deshalb erfolgen, weil man gerade mehr Geld benötige. Dies sei nicht die Denkart des rot-grünen Senats. Es gelte das Grundgesetz und die Hamburgische Verfassung sei einzuhalten – das sei ihnen bisher auch durch eine sehr konservative Planung und neoliberale Praxis gelungen. Der Haushaltsüberschuss 2014 wäre sonst nicht zustande gekommen und hätte in der Zinsentwicklung auch nicht in dem Umfang zu Entlastungen geführt. An dieser konservativen Denkart will die Sozialdemokratie mit Entschiedenheit festhalten – und der Senatspartner liefert zu dieser neoliberalen Veranstaltung eh nur die Grünbeilage.

Die politisch konservative Schlussfolgerung: Die zusätzlich bewilligten Gelder sollen unter anderem durch eingesparte Zinsen (240 Mio. Euro), Reservemittel (82 Mio. Euro) und Umschichtungen in den Behördenetats finanziert werden. Weil die Mehrbedarfe aber immer noch unterschätzt werden, wird der jetzt beschlossene Finanzrahmen nicht ausreichen und Hamburg laboriert damit weiter an einem Luxusproblem. Es gibt Finanzmittel, aber die Ausgaben für Flüchtlinge sollen durch Kürzungen bei bestehenden Ausgabenplänen aufgebracht werden. Vom Bund wird es mindestens für 2016 höhere Mittel geben, sodass auch durch die hohen Anforderungen bei der Grundversorgung keine finanziellen Engpässe drohen.

Nazi-Aufmarsch fiel ins Wasser



Hachmannplatz, 12.9.2015 (Foto: Christiane Schneider)

Tausende Nazis und rechte Hooligans hatten sich angekündigt, nach dem höchststrichterlichen Verbot des Aufmarsches am 12. September und dem zu erwartenden massiven Widerstand traten dann gerade mal ein paar Dutzend in Erscheinung. Wir zitieren nachfolgend aus der Pressemitteilung der Linksfraktion vom 13. September.

Fraktion **DIE LINKE** freut sich über die überwältigende Beteiligung an den Aktionen gegen den »Tag der Patrioten«

»14.000 Menschen beteiligten sich allein an der Demonstration des Hamburger Bündnisses gegen Rechts«, erklärt Christiane Schneider, innenpolitische Sprecherin der Fraktion **DIE LINKE** in der Hamburgischen Bürgerschaft. »Auch an der

Kundgebung »Hamburg bekennt Farbe« beteiligten sich rund 7.000 Menschen. Damit wurde der 12. September, der Tag, an dem die Nazis die Kraftprobe in Hamburg suchten, zu einem eindrucksvollen Zeichen, dass sie in dieser Stadt nichts zu gewinnen haben. Das ist großartig.«

Dennoch sieht Schneider die Ereignisse des gestrigen Sonnabends nicht nur positiv: »Die Steinwürfe einiger Militanter gegen einen Regionalzug im Hauptbahnhof bedauere ich. Ebenso die Eskalation am Abend im Schanzenviertel, die in keinem politischen Zusammenhang mit der Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch stand und laut Polizeiaussagen im Wesentlichen von »erlebnisorientierten Jugendlichen« getragen wurde, wie die »Welt« berichtet.«

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise



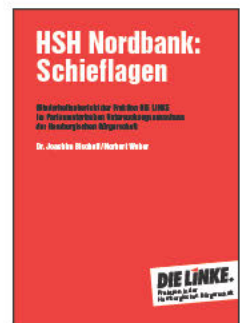
Wer sich einen Überblick über die Entwicklung der Preise für Gebäude und Wohnungen in dieser Stadt verschaffen möchte, findet im alljährlich erscheinenden **Immobilienmarktbericht Hamburg** reichlich Stoff. Die Daten beruhen auf den Angaben des Gutachterausschusses für Grundstückswerte, an dem sich die Stadt (z.B. über die Wohnlageneinstufung), aber auch VermieterInnen und SpekulantInnen orientieren können. Das 136seitige Werk kann (für allerdings 40 Euro plus 4 Euro Versandkosten) hier bestellt werden: Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung, Kundenzentrum, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, info@gv-hamburg.de.

Am **Mittwoch, den 23. September**, lädt die **Initiative City-Hof** – sie kämpfte im vergangenen Jahr, nach jetzigem Stand wohl vergeblich, um den Erhalt der City-Hochhäuser – ein zu einer Debatte über die Lage und die Perspektiven angesichts der Abrissankündigung. Die Tagung beginnt um 19.00 Uhr im Laden der Initiative (Klosterwall 6, Block C). Aktuelles unter www.city-hof.org.



Hamburg! Gerechte Stadt – so ist schon seit einigen Jahren eine Veranstaltungsreihe zur sozialen Gerechtigkeit in der Elbmetropole überschrieben, die von der Diakonie, dem Caritasverband, Hinz & Kunzt und anderen kirchlichen Trägern organisiert wird. Am **Donnerstag, den 24. September**, geht es um 17.30 Uhr in der HafenCity Universität Hamburg (Überseeallee 16, Hörsaal 200, 1. Etage) um die brisante Frage: **Olympische Spiele – Goldmedaillen für alle?** Podiumsgäste sind Dr. Nicolai Wendlandt (TU Darmstadt), Prof. Dr. Henning Völpel (HWWI) und Nicole Vrenegor (NOlympia Hamburg), die Moderation liegt bei Burkhard Plempner.

Ebenfalls am **Donnerstag, den 24. September**, um 18.30 Uhr im Bürgersaal des Rathaus referiert Dr. Joachim Bischoff über das tiefe Loch **HSH Nordbank – das größte Haushaltsrisiko** überhaupt. Die Moderation obliegt dem finanzpolitischen Sprecher der Linksfraktion, Norbert Hackbusch.



Und drittens gibt es am **24. September** um 19.30 Uhr im Medienpädagogischen Zentrum (MPZ) in der Susannenstraße 14c/d (Hinterhof) nochmals eine Vorführung des Dokumentarfilms **Wer rettet wen? Die Krise als Geschäftsmodell auf Kosten von Demokratie und sozialer Sicherheit**. Ein Muss für Alle, die begreifen wollen, was es mit der Bankenkrise und dem Umstand, dass die Bevölkerung die Spekulationen und milliardenschweren Verluste des Kapitals bezahlte, auf sich hat. Im Anschluss gibt es Gelegenheit zum Gespräch mit den FilmemacherInnen und BuchautorInnen Leslie Franke und/oder Herdolor Lorenz.

Am **Dienstag, den 29. September**, lädt der Verein Zukunft Elbinsel e.V. ein zur Veranstaltung **Der Winter steht vor der Tür – Alle Menschen in Wilhelmsburg brauchen ein Dach über dem Kopf**. Viele Hundert Flüchtlinge sind zurzeit alleine in der Dratelnstraße untergebracht, schon seit längerem übernachten hier bulgarische Arbeiter in irgendwelchen Kellern. Mit den Vorstellungen und Forderungen des Vereins wird auf der Veranstaltung Bezirksamtsleiter Andy Grote konfrontiert. Die Moderation hat Hartmut Sauer inne. Beginn ist um 20.00 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20).



Eine **Großdemonstration** unter der Parole **TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welt-handel!** findet am **Samstag, den 10. Oktober**, um 12.00 Uhr in Berlin (ab Hauptbahnhof) statt. Busse aus Hamburg hat u.a. die Gewerkschaft ver.di gebucht. Den Aufruf und mehr gibt es unter www.ttip-demo.de.

Armut in Hamburg und der Traum von Olympia, so lautet der Titel einer Veranstaltung der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft am **Donnerstag, den 15. Oktober**. Um 18.30 Uhr wird im Kollegiensaal des Altonaer Rathauses der offensichtliche Widerspruch zwischen der sozial am tiefsten gespaltenen Stadt Deutschlands einerseits und dem Wahnsinn, Milliarden für die Durchführung des Megaevents Olympische Spiele auszugeben, andererseits diskutiert. Teilnehmer der von der linken Bürgerschaftsabgeordneten Cansu Özdemir moderierten Debatte sind der Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Christoph Butterwege, der Hamburger Buchautor Gerd Pohl und Florian Kasiske vom NOlympia-Bündnis.

Bundesweite Konferenz Mieten & Wohnen



Demo gegen Mietenwahn in Hamburg, 2012 (C. Hannen)

Am 25./26. September findet eine von Mietervereinen und -initiativen aus ganz Deutschland organisierte und beschickte Konferenz zu Mieten und Wohnen in Hamburg statt. Auch für die örtliche LINKE eine ideale Möglichkeit, sich mit den neuesten Tendenzen auf dem Miet- und Wohnungsmarkt vertraut zu machen und in den Arbeitsgruppen mitzudiskutieren. Tagungsort ist das Department Soziale Arbeit in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (Alexanderstraße 1). Mehr Infos (u.a. zu den Arbeitsgruppen und den ReferentInnen) gibt es unter www.netzwerk-mieten-wohnen.de. Wir drucken hier den Konferenzaufruf ab.

Netzwerk Mieten & Wohnen – Konferenz 2015

Seit vielen Jahren kämpfen Mieter*innen und Mietervereine gegen die fortlaufenden Verschlechterungen auf dem Wohnungsmarkt. Die Idee einer Versorgung breiter Bevölkerungskreise mit bezahlbaren und lebenswerten Wohnungen hat sich zugunsten einer marktorientierten Versorgung gewandelt. Diese Entwicklung läuft nicht ohne Widerstand von Mieter*innen und Mietervereinen in zahlreichen Städten. Was aber fehlt, ist eine systematische Diskussion grundsätzlicher Alternativen in der Mieten- und Wohnungspolitik, die über die derzeitigen tagespolitischen Diskussionen hinausgehen. Daher haben sich verschiedene an Wohnungsthemen arbeitende Akteure zur kontinuierlichen Debatte zum Netzwerk Wohnen & Mieten zusammengeschlossen. Dieses neue Netzwerk lädt am 25./26. September alle Interessierten zu einer Arbeitskonferenz nach Hamburg ein. Nach der Konferenz soll das Netzwerk Mieten & Wohnen als arbeitsfähige Struktur etabliert werden. Die Planung konkreter Projekte (Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit, ggf. Verabredung zum Erstellen eines eigenen Gesetzesvorschlages für ein neues Mietrecht) könnten ebenso verabredet werden.

Was wir mit der Konferenz wollen

Die Transformation der Wohnungspolitik hatte mit der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit 1990 begonnen. Wohnungen gerieten in der Folge mit dem ersten Hype um deutsche Wohnungen ab dem Jahr 2000 verstärkt in Hände renditeorientierter Unternehmen. Auch öffentliche, kommunale Wohnungsunternehmen sind heute häufig als Gewinnbringer für die klammen kommunalen Kassen eingeplant und vernachlässigen ihre wohnungspolitischen Aufgaben. Neben vor allem in den Metropolen rasant gestiegenen Mieten sind Mieter*innen mit Instandhaltungsstau konfrontiert. Die Politik scheut sich meist, in den Wohnungsmarkt einzugreifen, weil es nicht opportun ist oder weil kein Geld für öffentliche Leistungen mehr bereitstehen soll.

Im Netzwerk und auf der Arbeitskonferenz sollen nun verschiedene Vorstellungen für lebenswerte und bezahlbare Wohnungen vertieft werden sowie die Vernetzung wohnungspolitischer aktiver Akteure und Institutionen in Deutschland vorangetrieben werden. Eingeladen zur Konferenz sind interessierte Mietrechtsanwält*innen, Mietervereine, Initiativen, Ökonom*innen, Architekt*innen und weitere wohnungspolitische Akteure.

Auf der Konferenz werden parallel vier Themenfelder in Workshops diskutiert. Am Ende der Konferenz werden diese zusammengetragen und Fragen wie Ideen für die Arbeit des Netzwerks formuliert.

Themenschwerpunkt Mieterinitiativen, Organizing & Kampagnen

Die Auseinandersetzungen und Konflikte um Wohnraum und -umfeld haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Sie betreffen nicht selten ganze Quartiere. Die Menschen vor Ort werden in der Regel nur sehr zögerlich in die Stadtplanung



oder Konfliktlösung einbezogen. Dabei sind sie es, die die Expert*innen vor Ort sind und später mit dem Ergebnis leben müssen. In dem Themenfeld sollen verschiedene klassische und neuere Formen der Beteiligung vorgestellt und diskutiert werden. Dabei stehen Fragen im Raum, welche Aufgaben professionelle Akteure wie Mietervereine und Stadtteilläden erfüllen können. Wie kann eine Zusammenarbeit zwischen den juristisch Kompetenten und Sozialarbeiter*innen gelingen? Wäre Community Organizing eine Möglichkeit? Wie kann Mieter*innen- bzw. Nachbarschaftsselbsthilfe initiiert und begleitet werden?

Themenschwerpunkt Soziales Mietrecht neu denken

Das Mietrecht erlebte zuletzt mehrere kleinere Reformen, die für Mieter*innen manche Verschlechterung und nur wenig Verbesserungen mit sich brachten. In manchen juristischen Auseinandersetzungen wie bei Eigenbedarfskündigungen hat sich die Lage der Mieter*innen durch eine veränderte Rechtsprechung verschlechtert. Anwalt*innen und Mietervereine haben daher begonnen sich zu überlegen, wie ein besseres Mietrecht aussehen könnte. Auf der Konferenz wird diese Frage vor allem an den Themen Beendigung des Mietverhältnisses und Miethöhe behandelt.

Themenschwerpunkt Träger für bezahlbaren Wohnraum und Förderung

Seit der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit Ende der 1980er Jahre und der vermehrten Privatisierung von öffentlichen Wohnungsbeständen ab 2003 haben sich die Akteure und Anbieterstrukturen auf den Wohnungsmärkten stark verändert. Neue Akteure bestimmen den Markt. Auch Genossenschaften und die verbliebenen kommunalen Unternehmen sind meist gewinnorientiert. Fragen in diesem Schwerpunkt sind daher: Inwieweit braucht es in der Wohnungsvermietung einen Kulturwandel oder ganz neue Akteure? Wie können neue Förderansätze für bezahlbaren Wohnraum aussehen durchgesetzt werden? Gibt es neue Ansätze, den öffentlichen Wohnungsbesitz neu zu denken? Braucht es eine neue Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen?

Themenschwerpunkt Warmmietenneutrale Modernisierung

In diesem Themenfeld steht die doppelte Aufgabe im Raum: Wie können die Energiewende und umweltpolitische Ziele, die Klimawende im Wohnungsbereich voranzutreiben, erreicht werden und zugleich diese sozial ausgestaltet werden? Also ohne Modernisierung oder ohne damit massive Mieterhöhungen und Vertreibungen zu fördern. Dabei wird zu fragen sein: Müssen die Mieter die Kosten der Energiewende im Gebäudebestand zahlen? Darf die Energiewende über Marktanziehe durchgesetzt werden? Wie viel energetische Sanierung ist tatsächlich notwendig? Dabei soll die Idee einer Reform der bisherigen Praxis und Alternativen zur derzeitigen Gebäudedämmung diskutiert werden. Energetische Sanierung soll dabei als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden.

Teilnahme an der Konferenz

Die Zahl der Teilnehmer*innen an der Konferenz ist beschränkt. Wir raten daher zu einer frühzeitigen verbindlichen Anmeldung. Der Teilnahmebeitrag beträgt 35 €. Für Ermäßigungen bitten wir, uns anzusprechen. Vor Ort werden preisgünstig Kaffee, Tee, Kaltgetränke und Snacks erhältlich sein.

Vorläufiger Ablaufplan

Freitag, 25. September

13 Uhr: Auftaktplenum mit der Vorstellung des Netzwerks Mieten & Wohnen

14 Uhr: Parallele Diskussionen in vier Themenschwerpunkten
Ende ca. 18 Uhr

Samstag, 26. September

10 Uhr: Fortsetzung der vier Themenschwerpunkte

14 Uhr: Abschlussrunden der Themenschwerpunkte mit Fragen nach Perspektiven und konkreten Projekten

16 Uhr: Abschlussrunde im Plenum zu Wohnungspolitik und Perspektive des Netzwerks

Ende ca. 17.30 Uhr

Demokratie wagen – mit dem KoZe sprechen!

Von Christiane Schneider



Pressekonferenz des KoZe am 12.8.2015 (Foto: Christiane Schneider)

Nach über 30 Tage andauernder Polizeipräsenz beim »Kollektiven Zentrum« (KoZe) im Münzviertel, nach hartnäckiger Gesprächsverweigerung durch die verantwortliche Finanzbehörde, nach heftigen Angriffen der CDU auf das KoZe und einer teilweise reißerischen Medienberichterstattung hatte die LINKE das Thema »Demokratie wagen – mit dem Kollektiven Zentrum sprechen!« Anfang September auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt. Wir nehmen hier die von Christiane Schneider, Wahlkreisabgeordnete und innenpolitische Sprecherin der Fraktion, gehaltene Rede auf.

Worum geht es eigentlich in diesem Konflikt?

Glaubt man der Finanzbehörde, dann gibt es keinen Konflikt: Für die Finanzbehörde gibt es gar kein Gegenüber, und schon gar nicht ein Gegenüber mit legitimen Interessen. Für die Finanzbehörde gibt es nur ihren Willen und die Polizei. Ihr geht es allein um die Durchsetzung ihres Willens, und alles, was dem im Wege steht, wird als Hindernis behandelt, das aus dem Weg geräumt wird, koste es, was es wolle.

Das war mit dem Polizeieinsatz zur Errichtung eines Bauzaunes am 27. Juli so. Vorwand waren damals Asbestarbeiten, inzwischen hört man, dass kein Asbest gefunden wurde. Das war mit der Dauerbelagerung des KoZe seit dem 27. Juli so. Das war gestern so, als der Bauzaun bis fast an das vom KoZe genutzten Gebäude herangezogen wurde, der bisher genutzte Hof geräumt, Bäume gefällt und Teile der Gehörlosenschule eingerissen wurden. In beiden Fällen wurde ein großes Polizeiaufgebot bemüht, gestern auch Hubschrauber, Wasser-

werfer, Räumpanzer. Der Sprecher der Finanzbehörde verstieg sich zu der Behauptung: Dass man mit dem KoZe nicht sprechen könne, sei durch den Polizeieinsatz bewiesen. Fakt ist: Die Behörde ließ die Polizei auffahren, weil man mit dem KoZe nicht sprechen will.

Die Verantwortlichen täuschen die Öffentlichkeit. Es gibt einen Konflikt, es gibt in diesem Konflikt legitime Interessen der BewohnerInnen des Münzviertels und der NutzerInnen des KoZe. Es geht, wie so oft, um die Frage: Wie wollen wir in dieser Stadt zusammenleben? Wie können vielfältige Lebensstile und Lebensentwürfe zur Geltung kommen? Wie können Freiräume für kulturelle Selbstbestimmung geschaffen werden? Wie kann Stadtentwicklung demokratisch gestaltet werden?

Es geht um das weite Feld der Teilhabe, der Partizipation. Doch statt Partizipation zu ermuntern, führt sich die Stadt und insbesondere die Finanzbehörde auf wie eine Machthaberin, die entscheidet und nach dem Basta-Prinzip ihre Entscheidungen von oben nach unten durchsetzt. Ganz nach dem Motto: »La ville c'est moi« – die Stadt bin ich.

Günter Westphal, Vertreter des gemeinnützigen Vereins KuNaGe (Kunstlabor naher Gegenden) aus dem Stadtteil, der die Räumlichkeiten des KoZe gemietet hat, hatte völlig Recht, als er gestern fassungslos sagte: »Man hat uns vorher nicht informiert. Man hätte mit uns reden können – hat man aber nicht. Man hätte sich den ganzen Aufwand hier mit den Polizeieinsätzen hier sparen können. Wir hätten das durch Gespräche gelöst.«

Die Politik, insbesondere die Regierungsfractionen, haben den schon geknüpften Gesprächsfaden abreißen lassen. Sie hat versagt. Die Finanzbehörde verweigert das Gespräch, dieses grundlegende Mittel der Konfliktlösung. Das ist der Stil des absolutistischen Machthabers, das ist schlichtweg undemokratisch. Wer das Gespräch verweigert, dem bleibt letztlich nur die Polizei.

Wir fordern Sie, Herr Tschentscher, und Sie von den Regierungsfractionen deshalb dazu auf: Deeskalieren Sie. Finden Sie zurück zu einer zivilgesellschaftlich tragbaren Verkehrsform. Sprechen Sie mit den Nutzern. Suchen Sie mit nach einer Lösung. Nehmen Sie das Recht auf Partizipation ernst!

Ich kann aus Zeitgründen nicht die lange Geschichte aller Versuche erzählen, die die Stadtteilinitiative und die BewohnerInnen des Münzviertels unternommen haben, die Stadtteilentwicklung zu gestalten. Auch nicht die lange Geschichte der Zurückweisungen durch die Stadt. Es gab so viele Vorschläge auch für eine Wohnbebauung auf dem Schulgelände, Forderungen nach Wohnungen für wohnungslose Jugendliche z.B. Alles abgelehnt.

Ich habe auch nicht die Zeit, die lange Geschichte des solidarischen Umgangs des Münzviertels mit Wohnungslosen, mit Drogenabhängigen, mit Flüchtlingen zu berichten, eines Viertels, das so viele Hilfseinrichtungen beherbergt wie kein anderes.

Das alles hat mit der Geschichte des KoZe sehr viel zu tun. Gerade in einem Viertel, das so viele Aufgaben einer Großstadt trägt und bewältigt, in dem viele Studierende und KünstlerInnen leben, gerade in so einem Viertel ist ein solidarischer, selbstverwalteter Raum zum Austausch, zur Verständigung, zur Entwicklung von Ideen und Aktivitäten wirklich wichtig.

Zum Schluss: Dass Sie ausgerechnet die Einrichtung des Winternotprogramms auf dem Gelände konfrontativ meinen durchsetzen zu müssen, dass Sie die Einrichtung des Winternotprogramms für eine Provokation nutzen, ist ein starkes Stück.

Kommen Sie runter von Ihrem absolutistischen Ross, wagen Sie Demokratie. Nehmen Sie endlich das Gespräch auf!

Erfreuliche Meldungen zu Olympia

Von Heike Sudmann



Aus Sicht der GegnerInnen einer Bewerbung für Olympische Spiele in Hamburg hat es in den letzten Wochen erfreuliche Entwicklungen gegeben.

Ende Juli 2015 hat die Stadt Boston ihre Bewerbung für 2024 zurückgezogen. Der Bostoner Bürgermeister hatte neben der mangelnden Unterstützung in der Bevölkerung (die Zustimmungquote lag bei 42%) die geforderte Garantieerklärung zur Übernahme der Kosten zum Knackpunkt gemacht. »Wenn diese Unterschrift am heutigen Tag gefordert wird, um

weiterzumachen, dann wird Boston die Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele nicht weiterverfolgen«, sagte Walsh. »Ich werde nichts unterschreiben, wodurch das Geld der Steuerzahler für die Kosten der Olympischen Spiele benutzt werden kann.« (NDR, zitiert nach <http://fairspielen.de/boston-zieht-olympia-bewerbung-zurueck-hamburgs-chancen-steigen-nicht/>). Die Süddeutsche Zeitung schreibt mit Blick auf die Absage: »Für das IOC ist das ein schlechtes Signal. Denn Boston war nicht irgendein Kandidat. Hier sagt kein kri-

tischer Europäer ab, wo es mittlerweile als chic und Mainstream gilt, sich gegen Olympia zu wenden. Die USA sind das Sommerspiele-Land schlechthin, insbesondere auch, wenn es ums Geld geht. Im vergangenen Jahr hat das IOC den Vertrag mit seinem TV-Partner NBC, einem US-Sender, für annähernd acht Milliarden Dollar bis 2032 verlängert. Dort werden die Manager wenig begeistert sein, dass der Kandidat aus dem eigenen Land zurückzieht.« (zitiert nach <http://fairspielen.de/boston-zieht-olympia-bewerbung-zurueck-hamburgs-chancen-steigen-nicht/>). Auch das kanadische Toronto hat sich mangels Unterstützung in der Bevölkerung und fehlender Großsponsoren aus der Bewerbung zurückgezogen.

Beim Hamburger Senat sieht es anders aus. Er hält unbeirrt an der Bewerbung fest. Dabei muss dem Senat schon Übles geschwank haben, als im August der Entwurf einer Stellungnahme des unabhängigen Rechnungshofs der Freien und Hansestadt Hamburg in die Öffentlichkeit lanciert wurde. Auch in der mittlerweile vorliegenden abschließenden Stellungnahme (www.hamburg.de/weitere-veroeffentlichungen/nofl/4595950/beratende-aeusserung-2015-olympia/) hält der Rechnungshof an der vorab bekanntgewordenen Kritik fest. Die Ausrichtung der Spiele berge erhebliche Risiken. So schreibt er auf Seite 35: »Die Übernahme der gesamtschuldnerischen Haftung für Ausrichtung und Ablauf der Spiele, die Haftungsfreistellung des IOC sowie Übernahme der Verpflichtung zu Schadensersatzleistungen an das IOC dienen der Absicherung ungewisser, in der Zukunft liegender und der Höhe nach unbeschränkter Risiken. Die sich hieraus ergebende, nahezu vollständige Verlagerung aller Risiken, insbesondere auch der Haftungsrisiken, auf eine Gastgeberstadt führt zu einer deutlichen Unausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung. Diese wird dadurch verstärkt, dass eine Gastgeberstadt nach der bisherigen Vertragsgestaltung des IOC Planungsrisiken und Einflussnahmen ausgesetzt ist, die dazu führen können, dass es bei Infrastruktur- und Durchführungsmaßnahmen zu erheblichen Kostensteigerungen kommt.« Interessant ist die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Punkt. Sie ist »weiterhin der Auffassung, dass der Gastgeberstadtvertrag für die Spiele 2024 auch hinsichtlich der Haftungsrisiken ein im allgemeinen Rechtsverkehr nicht unüblicher Vertrag sein werde« (S. 42).

Seit wenigen Tagen liegt die englische Fassung des Gastgeberstadtvertrages vor. Die deutsche Übersetzung hat der Senat noch nicht vorgelegt. Die Zeitung DIE WELT hat am 16.9.2015, am Tag nach der Veröffentlichung des Vertrages, festgestellt: »Wer haftet für den ganzen Spaß? Die Antwort: Die Stadt, der DOSB und das lokale Organisationskomitee bleiben weiter für alle Verpflichtungen und Garantien aus dem Gastgebervertrag haftbar (I,§4), das IOC taucht nicht auf. Der Passus gleicht dem Münchner Vertrag. Hier hat sich wenig verändert, das war auch nicht zu erwarten. Denn in der olympischen Charta, quasi dem Grundgesetz der Bewegung, ist klar festgehalten, dass die Gastgeberstadt unbeschränkte Gewährleistung übernimmt.« (www.welt.de/regionales/hamburg/article146494083/Diese-harten-Forderungen-muesste-Hamburg-umsetzen.html)

Auch andere Vertragspassagen seien unverändert, schreibt DIE WELT. So darf der Senat Gäste nur einladen, wenn er vorher die Genehmigung des IOC erhalten hat. Darüber kann mensch vielleicht noch schmunzeln. Ernst wird es jedoch bei dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. »Ohne schriftliche Erlaubnis des IOC darf während der Spiele und eine Woche davor und danach keine öffentliche oder private Versammlung oder Konferenz stattfinden, die die Spiele (...) beeinträchtigen könnten« (§14a).« Da die Olympischen Spiele nicht nur auf dem Kleinen Grasbrook, sondern an weiteren 34 Sportstätten in der ganzen Stadt stattfinden werden, wird es ein leichtes sein, wegen einer vermeintlichen Beeinträchtigung der Spiele Demos zu untersagen. Der Senat beteuerte zwar am 18.9.2015 im Sportausschuss, dass das Grundrecht über dem IOC stehe. Doch das Beispiel des heute schon möglichen Demoverbots an einer Marathonstrecke zeigt deutlich auf, was 2024 zu erwarten wäre.

Auch zum Referendum am 29.11.2015, also der Abstimmung der BürgerInnen zur Olympiabewerbung, gibt es Neuigkeiten. Die Unterschriftensammlung »Argumente für ein NEIN zu Olympia« hat 10.240 UnterstützerInnen-Unterschriften für die Aufnahme ihrer Stellungnahme in das Info-Heft, das zum Referendum an alle Stimmberechtigten verschickt wird, abgegeben. Wenn 10.000 Unterschriften gültig sind, kommt die Stellungnahme in das Heft. Sollte die notwendige Zahl von gültigen Unterschriften nicht erreicht werden, wird die Bürgerschaft auf ihrer nächsten Sitzung beschließen, dass den GegnerInnen trotzdem Platz für eine Stellungnahme gegeben wird. Hier steht die SPD im Wort.

Doch vorher wird sich die Bürgerschaft noch mit einem Antrag der Fraktion DIE LINKE auseinandersetzen müssen. Wir haben nämlich eine Verschiebung des Referendums beantragt, weil die Grundlage für eine Entscheidung der BürgerInnen fehlt (Drucksache 21/1616). Bis zum 29.11.2015 werden die BürgerInnen nicht erfahren, wie teuer Olympia sie zu stehen kommt. Der Senat will nur einen »Kostenreport« mit den bis dahin bekannten Zahlen vorlegen. Der Rechnungshof stellt jedoch in seiner Pressemitteilung vom 11.9.2015 fest, dass »... aus heutiger Sicht zum Zeitpunkt des Referendums eine tragfähige Ermittlung der Kosten nicht möglich« sei. Mit anderen Worten sollen die BürgerInnen über etwas abstimmen, was sie noch gar wissen können. Damit wird die Abstimmung zu einer Farce, zumal mittlerweile die Grünen öffentlich sagen, dass die Bürgerschaft ja jederzeit ein zustimmendes Votum der BürgerInnen einkassieren und eine ganz andere Entscheidung treffen kann.

Auch vor diesem Hintergrund bleiben wir dabei: **Beim Olympia-Referendum mit NEIN stimmen!**



Keine tabula rasa auf dem Kleinen Grasbrook

Von Marion Fisch



Heike Sudmann und Gerald Kemski vor dem Grasbrook (M. Fisch)

Eine echte Hamburgensie bildete den Startpunkt der nolymischen Fahrradtour zum Kleinen Grasbrook: Am Alten Elbtunnel versammelten sich am Sonntagnachmittag, 20. September, bei schönem Herbstwetter gut 25 LINKE und weitere Interessierte, um von Steinwerder aus ein Gelände zu erkunden, das sich in den Planungen der Olympia-StrategInnen wie eine ideale Fläche ausnimmt – am Wasser gelegen, in Sichtweite der »zukunftsweisenden« HafenCity, mitten in der Stadt und doch fern von störendem Szenepublikum. Heike Sudmann hatte die Tour erarbeitet, um zu zeigen, was es mit dieser für die »Olympic City« auserkorenen Fläche so auf sich hat.

Es war eine sehr anschauliche Erkundung durch die Untiefen olympia-getriebener Stadtvisionen, gerade auch für TeilnehmerInnen, für die der Hafen faszinierend, aber auch in weiten Teilen buchstäblich unbekanntes Gelände ist. Gerald Kemski (AG Betrieb und Gewerkschaft und langjähriger Hafexperte der LINKEN), erläuterte die Bedeutung des Kleinen Grasbrooks für die dort ansässigen Betriebe und die Folgen (und Kosten) ihrer Verlagerung für die Hafenvirtschaft. Den Hintergrund bilde die gerade in Hamburg zu beobachtende Tendenz zur fast völligen Containerisierung des Hafens – mit der Konsequenz immer stärkerer Rationalisierung auf Kosten von Arbeitsplätzen.

Hinter dem Hafemuseum, der Außenstelle des Museums der Arbeit (und Beispiel der Privatisierung von Hafengelände, wie Jörg von Prondzinski erläuterte) konnte das scheinbar so »leere« gegenüberliegende Ufer des Kleinen Grasbrooks besichtigt werden. Mehr als 1.500 Beschäftigte sind hier noch tätig. Die Grimaldi-Reederei schlägt dort Kraftfahrzeuge um, Edeka unterhält ein umfangreiches Fruchtzentrum... Für die Umsiedlung dieser und weiterer Betriebe werden allein Milliarden fällig, allerdings nicht im Olympiaetat aufgeführt, sondern in Sondervermögen. Auch an diesem Punkt wird die kurzfristig

nicht – und schon gar nicht bis zum Referendum im November – eingrenzbar finanzielle Belastung der Olympischen Spiele für Hamburg deutlich.

Heike erinnerte an frühere Planungen, die Universität auf den Kleinen Grasbrook zu verlegen, und verwies auf Probleme der Verkehrsanbindung und die Emissionsbelastungen für die Wohnungen, die aus der Nachnutzung des Olympischen Dorfes dort entstehen sollen. Auch das mit dem IOC-Vertrag verbundene Sicherheitskonzept wurde angesprochen, wobei dieses auch in den über Hamburg verteilten weiteren olympischen Sportstätten greifen wird, mit Demonstrationsverboten werden also viele Stadtteile konfrontiert werden. Danach ging es sportlich weiter auf den zugänglichen Teil des Kleinen Grasbrooks, vorbei am Lagerhaus G am Dessauer Ufer, ausgedehnten Speichergebäuden, in denen am Kriegsende KZ-Häftlinge untergebracht wurden. An dem denkmalgeschützten Komplex existiert eine Gedenktafel. Wie er in die Olympic City einbezogen werden soll, ist noch in der Diskussion. Vermutlich wird dem Geschichtsmarketing auch dazu etwas einfallen, doch wie ein Sperriegel gegen dynamische Sportevents wirken die Backsteinhallen schon. Neben dem Edeka-Gelände konnte abschließend ein Blick auf das gegenüberliegende Überseezentrum geworfen werden, ein 1968 eingerichtetes Güterverteilzentrum, das heute von der HHLA (Hamburger Hafen und Logistik AG) für Lager- und Distributionsarbeiten betrieben wird, dem olympiabeschleunigten Strukturwandel aber im Wege steht.

Fazit: Ein wichtiger Einblick in die räumliche Dimension des Olympiaprojekts und eine für alle HamburgerInnen, insbesondere die noch Unentschlossenen vor dem Referendum, empfehlenswerte Tour. Allerdings mit dem auch hier wieder geltenden Motto: »Man sieht nur, was man weiß.« Daher ein großer Dank an Heike und ihr Team für die Rundfahrt, die hoffentlich wiederholt wird!

Kultur Tipp: Historische Ernte begutachten



Fotoschätze der GW's: Barmbek, Bramfeld, Harburg

Am Erntedankfest, also am **Sonntag, den 4. Oktober**, laden Hamburgs Barfuß- und StadtteilhistorikerInnen zum wiederholten Mal zum **Tag der Geschichtswerkstätten** ein. Insgesamt 17 Vereine sind aktiv beteiligt und präsentieren den Tag über ein vielfältiges und vor allem auch stadtteilbezogenes Programm. In der Geschichtswerkstatt (GW) Barmbek (Wiesendamm 30) z.B. wird von 13 bis 18 Uhr u.a. mittels einer Sonderausstellung 660 Jahre Stadtteilgeschichte präsentiert. Das Kultur- und Geschichtskontor Bergedorf (Reetwerder 17) lädt von 12 bis 16 Uhr zunächst zu einer »Offenenen Geschichtswerkstatt« ein, direkt im Anschluss gibt es eine Versteigerung von »Raritäten und Kuriositäten aus der Bergedorfer Geschichte«. Die noch recht junge GW Billstedt (Öjendorfer Weg 30) bietet um 11 Uhr eine Fahrradtour »jenseits der Klischees«, um 16 Uhr folgt ein Rundgang durch das Billstedter Zentrum. Das Stadtteilarchiv Bramfeld (Bramfelder Chaussee 265) konzentriert sich zwischen 11 und 15 Uhr auf »Filme zur vollen Stunde«, cineastische Reminiszenzen an vergangene Stadtteiletappen. Der letzte Neuzugang unter den Hamburger Initiativen ist die Finkenwerder GW, die zwar noch keine eigenen Räume hat, aber von 14 bis ca. 18 Uhr verschiedene Stadtteildialoge, Friedhofsführungen und Film darbietungen präsentiert.

Weitere Angebote gibt es in Eimsbüttel, Eppendorf, Fuhlsbüttel, Hamm, Harburg, Horn, Jarrestadt, Lokstedt/Niendorf/Schnelsen (dafür zeichnet das Forum Kollau verantwortlich),

Ottensen (gerade hat das Stadtteilarchiv als älteste als Verein organisierte GW seinen 35. Geburtstag begangen), St. Georg, St. Pauli und Wandsbek. Die Teilnahme an sämtlichen Veranstaltungen und Angeboten ist kostenfrei, das Gesamtprogramm findet sich unter www.hamburger-geschichtswerkstaetten.de.

Wer sich in Hamburg mit der Bevölkerungs- und Stadtentwicklung und insbesondere natürlich der Geschichte der Quartiere beschäftigt, wird in den Stadtteilarchiven und Geschichtswerkstätten wichtige Ausgangspunkte finden, sei es für etwaige Literatur, sei es für Veranstaltungen oder Rundgänge. Darüber hinaus versteht sich die Geschichtswerkstättenzene, die Ende der 1970er/Anfang der 80er Jahre in Hamburg ihren allgemeinen Start hatte, als Bestandteil einer demokratischen Initiativenkultur, die die Menschen, ihren Alltag, die Betriebe und eben primär die Stadtteile in den Mittelpunkt rückt. Auf einer **Tagung der Hamburger Geschichtswerkstätten am 7. November** von 13.30 bis ca. 20.30 Uhr soll dafür ein neuer Impuls gesetzt werden. »Gedenken neu denken«, so lautet das Tagungsmotto, und dabei sollen »Erinnerungsorte und -rituale auf den Prüfstand« gestellt werden. Getagt wird im Kulturzentrum Zinnschmelze (Maurienstraße 19), gleich neben dem Museum der Arbeit. Das Ablaufprogramm findet sich ebenfalls unter www.hamburger-geschichtswerkstaetten.de.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.